

DpL wollen Franchise-Befreiung der Rentner vors Volk bringen

Nachdem ihr Vorstoss vergangenen September im Landtag scheiterte, versucht es die Oppositionspartei nun mit einer Volksinitiative.

Die Demokraten pro Liechtenstein geben nicht auf: Wie die Partei per Medienmitteilung bekannt gibt, habe der DpL-Landesausschuss an seiner Versammlung vom 13. Januar 2022 beschlossen, «eine Volksinitiative zur Befreiung der Franchise für Versicherte, die das Rentenalter erreicht haben, zu lancieren».

Eine Initiative mit demselben Wortlaut brachte die DpL bereits im September-Landtag ein, jedoch fand sie keine Mehrheit. Nun soll das Volk entscheiden.

Die Oppositionspartei hat bereits eine ausformulierte Volksinitiative zur Prüfung bei der Regierung eingereicht. DpL-Präsident Thomas Rehak erklärt auf Anfrage, dass die Prüfung bis zur ersten Arbeitssitzung des Landtags am 9. März abgeschlossen sein sollte: «Ich gehe davon aus, dass wir im März beginnen, Unterschriften zu sammeln.»

Damit die Vorlage vor das Volk kommt, müssen die Demokraten pro Liechtenstein die Unterschriften von insgesamt

1000 Stimmbürgern zusammenbringen.

DpL-Präsident rechnet mit grösseren Chancen vor Volk

Ausgegebenes Ziel der Partei ist es, die in Liechtenstein wohnhaften Rentner zu entlasten – gerade vor dem Hintergrund, dass seit 2011 die Renten nicht mehr erhöht wurden, die Lebenshaltungskosten hingegen stiegen. «Wird eine medizinische Versorgung benötigt, stellt die fixe Kostenbeteiligung von 500 Franken pro Jahr für viele eine wesentliche finanzielle Belastung dar», so die Pressemitteilung. Aus diesem Grund soll die feste OKP-Kostenbeteiligung abgeschafft werden. Die zu erwartenden jährlichen Kosten für den Staatshaushalt würden bei unter 3,5 Millionen Franken pro Jahr liegen.

Im September waren 15 Abgeordnete gegen die Vorlage. Warum sollte die DpL vor dem Volk bessere Chancen haben? «Immerhin waren zehn Abgeordnete dafür – und mehrere waren unsicher», meint Rehak. «Mittlerweile ist einige Zeit ins



DpL-Präsident Thomas Rehak: «Wir handeln, während die anderen Parteien nur darüber reden, den Rentnern zu helfen.»

Bild: Tatjana Schnalzger

Land gegangen und es ist gut möglich, dass sich einige Abgeordnete zwischenzeitlich umbesonnen haben.» Zudem hätten

viele Rentner der Partei mitgeteilt, dass sie ein entsprechendes Vorhaben unterstützen würden. «Darum ist jetzt der richti-

ge Zeitpunkt, um die Initiative vor das Volk zu bringen.»

Dauerthema der Partei: «Rentenexport»

In der Landtagsdiskussion führte Gesellschaftsminister Manuel Frick aus, dass ein solcher Vorstoss nach dem Giesskannenprinzip nicht zielführend sei. Und auch mehrere Abgeordnete störte, dass alle Rentner von dieser Entlastung profitieren würden. «Alter ist nicht mit Bedürftigkeit gleichzusetzen», sagte damals etwa der VU-Abgeordnete Mario Wohlwend. Der DpL-Präsident hält dagegen: «Unsere Intention ist es ja, alle Rentner zu entlasten. Mit dem gleichen Argument könnte man auch alle AHV-Erhöhungen totreden. Denn auch dort profitieren alle Rentner.» Damit stellt sich aber die Frage, weshalb die DpL nicht gleich eine AHV-Erhöpfung anstreben. Darauf hat Rehak eine klare Antwort: «Mit einer AHV-Erhöpfung würde auch ein Haufen Geld ins Ausland exportiert werden.» Somit geht es auch hier wieder um das

Dauerthema der DpL: Nur in Liechtenstein wohnhafte Senioren sollten unterstützt werden, nicht aber Rentenberechtigte im Ausland. Seit ihrem Bestehen wettet die Oppositionspartei gegen den «Rentenexport».

Bewusste Klientelpolitik? Rehak verneint

Mit Blick auf die Wahlumfrage des Liechtenstein-Instituts von 2021 zeigt sich, dass die DpL in der Alterskohorte der Senioren (Ü50) am besten abschneiden, während sie in den jüngeren Generationen nur wenig Unterstützung fanden. Der Verdacht liegt also nahe, dass die Oppositionspartei mit ihrem Vorstoss bewusste Klientelpolitik für «ihre» Wählerschaft betreibt.

Dagegen verwehrt sich Rehak: «Dass wir bei Senioren beliebt sind, hat damit zu tun, dass wir handeln, während die anderen Parteien nur darüber reden, den Rentnern zu helfen. Das hat aber nichts mit Klientelpolitik zu tun.»

Elias Quaderer